

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/181

25. September 1970

Umweltschutz - eine Lebensfrage

Bundesregierung bekommt das Problem in den Griff

Von Dr. Katharina Focke SPD-MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundeskanzler

Seite 1 / 53 Zeilen

Der öffentliche Dienst muß reformiert werden

Ein notwendiges Nachwort zum 48. Deutschen
Juristentag in Mainz

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
und Vorsitzender des Innenausschusses des
Bundestages

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

Bessere Fürsorge für Wehrpflichtige

Helmut Schmidt holt Versäumnisse seiner
CDU/CSU-Vorgänger nach

Von Werner Buchstaller MdB
Obmann des Arbeitskreises Sicherheitsfragen
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 / 39 Zeilen

Friedensforschung: Ein Gebot der Stunde

Überlegungen zur Verleihung des "Friedens-
preises 1969"

Seite 5 und 6 / 82 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn B, Hausallee 2-10
Postfach 8153
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 36
Telex: 888 848/888 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Umweltschutz - eine Lebensfrage

Bundesregierung bekommt das Problem in den Griff

Von Dr. Katharina Focke SPD-MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler

Bis vor nicht langer Zeit tauchte die Umweltfrage gelegentlich vor Wahlen oder in Regierungsprogrammen als ein Schlagwort auf, das nicht mehr als ein Strohfeuer politischen Interesses entfachte. Inzwischen hat die zu Recht aufgeschreckte Öffentlichkeit erkannt, daß es sich um eine der Lebensfragen unserer Generation handelt, deren Bewältigung unendliche Arbeit, erhebliche Mittel und die Mitwirkung jedes Einzelnen erfordert.

Die Bundesregierung hat dieses Problem schon in ihrer Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 mit dem richtigen Stellenwert eingeordnet. Sie hat jedoch der Versuchung widerstanden, sofort einen Wirbel ungeordneter Aktionen in Gang zu setzen, nur um "Tätigkeit" auf diesem Gebiet zu demonstrieren. Es ist in seinen komplexen Zusammenhängen, in seinen wissenschaftlichen Voraussetzungen und praktischen Konsequenzen in den Einzelfragen noch nicht ausreichend abgesteckt. Der Versuch, die Situation und ihre Entwicklungstendenzen zu erforschen, die notwendigen Maßnahmen mittel- und langfristige zu planen sowie rasch zu handeln, wo es jetzt schon möglich und nötig ist, bestimmt das Konzept der Regierung.

In einem neugeschaffenen Kabinettsausschuß für Umweltfragen sind Aufgabenstellung und Grundlinien eines mittel- bis langfristig zu konzipierenden Umweltprogramms der Regierung festgelegt worden, das bis zum April 1971 erarbeitet wird. Dieses Programm soll in ausgewogenem Verhältnis Forschung, Entwicklung, Gesetzgebung, Verwaltung und Finanzierung auf dem Umweltgebiet regeln. Das Programm wird, gerade wegen seiner Forschungs- und Entwicklungskomponenten, aber auch zur Anpassung an die finanziellen Möglichkeiten der Fortschreibung in regelmäßigen Zeitabständen bedürfen.

Auf kurze bis mittlere Frist hat die Bundesregierung die Umweltfragen in einem Sofortprogramm angepackt, das vom Bundeskabinett - auf Vorschlag des Kabinettsausschusses für Umweltfragen - am 17. September verabschiedet und soeben veröffentlicht worden ist. Hauptanliegen dieses Sofortprogramms ist die Integration des Vorgehens der beteiligten Regierungs- und Verwaltungsstellen zur Erfassung der Situation, zur notwendigen Erforschung der grundlegenden Zusammenhänge im Verursachungs- und Wirkungsmechanismus und zum Eingreifen an den besonders gefährdeten Stellen. Im Vordergrund stehen: Die Luftreinhaltung unter besonderer Berücksichtigung der giftigen Autoabgase, die den Hauptanteil an der Luftverunreinigung stellen, die Sauberhaltung und ausreichende Bereitstellung des Wassers, Vorsorge gegen die Vergiftung der Umwelt durch Biozide wie z.B. DDT, die Lärmbekämpfung sowie dringliche Maßnahmen des Naturschutzes.

Niemand sollte erwarten, schon morgen unmittelbare Auswirkungen des Sofortprogramms in seiner Umwelt feststellen zu können. Weder mit einem großen Aufgebot von Gesetzen noch von Geldern könnte die Bundesregierung unter den Bedingungen eines hoch industrialisierten Staates, noch dazu in einer schwierigen Konjunkturphase, einen sofortigen Umschwung bewirken, ohne das wirtschaftliche und finanzielle Gleichgewicht zu gefährden. Aber jeder kann und darf erwarten, daß die Regierung auf der Grundlage dieses Sofortprogramms und des in wenigen Monaten folgenden Gesamtprogramms die Umweltfragen so in den Griff bekommt, daß die Wende zur durchgreifenden Verbesserung der Umweltbedingungen erkennbar wird. + + + - 2 -

Der öffentliche Dienst muß reformiert werden

Ein notwendiges Nachwort zum 48. Deutschen Juristentages in Mainz

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und
Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages

Daß das öffentliche Dienstrecht einer Neuordnung bedarf, ist unbestritten. Es war gut, daß der 48. Deutsche Juristentag in Mainz sich mit dieser Thema befaßte. Die Thesen, die dort zur Debatte standen, unterschieden sich in einem Punkt nicht, nämlich daß ein einheitliches Dienstrecht geschaffen werden sollte. Sowohl der Sprecher Thiele als auch die Referenten Quaritsch und Schäfer bekamen sich zu dieser Forderung. Einigkeit besteht darüber, daß das Berufsbeamtentum erhalten bleiben soll.

Ich habe hierzu ausgeführt, daß es darum geht, "ein Berufsbeamtentum zu schaffen, das an die historische Entwicklung anknüpft. Es soll seiner Funktion in der Gesellschaft gerecht werden und gleichzeitig selbst vor der Gefahr bewahrt werden, ein gesellschaftsfremder Stand zu sein". Herr Staatssekretär Dorn hat zu meinen Ausführungen Stellung genommen, obwohl er sie offensichtlich gar nicht gelesen hat; denn sonst könnte er nicht zu soich oberflächlichen Fätschelnurteilen kommen. Er wird sich sicher nurmehr rechtkundig machen und dann zu einem abgewogenen Urteil kommen.

Reformbestrebungen waren immer der Gefahr ausgesetzt, zunächst auf emotionale Ablehnung zu stoßen. Das zeigte sich auch beim Juristentag bei der Diskussion des ersten Tages. Mancher war erstaunt, ja bedrückt, zu erkennen, wie schwer es manchen fällt, sich den Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft zu stellen. Aber gerade darum geht es bei der Reform des öf-

fentlichen Dienstes muß - wie ich es auch in meinem Leitsätzen gesagt habe - so gestaltet werden, daß die Durchführung der Aufgabe der öffentlichen Verwaltung gesichert ist und daß der öffentlich Bedienstete mit der erforderlichen Sicherheit und Unabhängigkeit handeln kann. Dieser Grundsatz wurde allgemein anerkannt.

Die Diskussion auf dem Juristentag führte ganz offensichtlich zur Überwindung mancher Vorurteile und zur Selbstbesinnung von Sprechern, bei denen man zunächst den Eindruck hatte, daß sie sich jeder Reform widersetzen möchten.

Deutlich wurde in der Diskussion, daß es noch viele Fragen gibt, die zu klären sind. Der Juristentag hat daher Bundestag und Bundesregierung aufgefordert, einerseits diese Vorarbeiten zu leisten, andererseits die Verhandlungen des Juristentages in die weiteren Erörterungen einzubeziehen. Grundsätzliche Beschlußempfehlungen kommen den von mir vertretenen Thesen nahe. Sie lauten:

- 1/ An der Institution des Berufsbeamtentums ist festzuhalten.
- 2/ Das Beamtensrecht ist so fortzuentwickeln, daß die Verwaltung den steigenden Ansprüchen der Industriegesellschaft und den wachsenden Belastungen des modernen Staates auch in Zukunft gerecht wird.
- 3/ Der öffentliche Dienst ist darauf zu überprüfen, für welche Dienstzweige und Funktionsbereiche (allgemeines oder besonderes) Beamtensrecht gelten muß.
- 4/ Durch geeignete Regelungen und Verfahrensweisen muß sichergestellt werden, daß die Besoldung und Versorgung der Beamten besser als bisher der Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse sowie des allgemeinen Lebensstandards angepaßt werden.
- 5/ Ein Streikrecht für Beamte ist auch in Zukunft abzulehnen.

Es ist nun notwendig, daß die vom Bundesministerium des Inneren zu berufende Dienstrechtskommission, die der Bundestag im Februar 1970 von der Bundesregierung verlangte, ihre Arbeit aufnimmt und - so hoffe ich - bis Ende 1971 ein Gutachten der Öffentlichkeit vorlegt.

Bessere Fürsorge für Wehrpflichtige

Helmut Schmidt holt Versäumnisse seiner CDU/CSU-Vorgänger nach

Von Werner Buchstaller MdB

Obmann des Arbeitskreises Sicherheitsfragen der
SPD-Bundestagsfraktion

14 Jahre lang haben die Wehrpflichtigen unter CDU/CSU Verteidigungsministern auf jegliches Weihnachtsgeld verzichten müssen.

Eine der ersten Maßnahmen des von der SPD gestellten Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt war es gewesen, den Zustand der ungerechtfertigten Benachteiligung zu beenden und den Wehrpflichtigen schon im Jahre 1969 durch Verschiebungen im Haushalt seines Ministeriums ein Weihnachtsgeld zu gewähren.

In diesem Jahr soll diese zunächst einmalige Maßnahme zu einer dauerhaften Einrichtung gesetzlich umgenützt werden. Es ist vorgesehen, 75,-- DM, d.h. rund 50 v.H. des monatlichen Wehrsoldes eines Gefreiten zu zahlen und vom Jahre 1971 ab $66 \frac{2}{3}$ v.H. eines monatlichen Gefreiten-Wehrsoldes.

In Kürze soll der Wehrsold ebenfalls beträchtlich angehoben werden, so daß dann zu Weihnachten 1971 voraussichtlich 120,-- DM an jeden Wehrpflichtigen ausgezahlt werden können. Diese Lösung ist dann analog der im öffentlichen Dienst für alle geltenden Regelungen.

Nun hat die CDU/CSU aus billiger Effekthascherei plötzlich die Sorge um das Wohl der Wehrpflichtigen entdeckt - obwohl sie 14 Jahre lang keinen Gebrauch davon gemacht hatte - und fordert höhere Zuwendungen nach einer Formel, die in keinem erkennbaren Zusammenhang zur Systematik der Besoldung des öffentlichen Dienstes steht.

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion mußten der CDU/CSU-Antrag aus diesem Grunde ablehnen.

Im Übrigen hat es nicht nur hinsichtlich des Weihnachtsgeldes für Wehrpflichtige erst einer Ablösung der CDU-Verantwortlichen auf der Hardthöhe bedurft. Auch die monatliche freie Familienheimfahrt für Wehrpflichtige ist erst von Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt durchgesetzt worden. Damit können erstmals ab Oktober 1970 die Wehrpflichtigen zwölfmal im Jahr ihre Familien kostenlos besuchen.

Die Wehrpflichtigen werden in den kommenden Monaten feststellen können, daß die Fürsorge für sie bei dieser Bundesregierung und bei dem sozialdemokratischen Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt gut aufgehoben ist und daß die im "Weißbuch 1970" enthaltenen Ankündigungen und Versprechungen eingehalten werden. Es entspricht der Grundhaltung der SPD, im Wehrpflichtigen keine Nummer, sondern den Menschen zu sehen.

Friedensforschung: Ein Gebot der Stunde

Überlegungen zur Verleihung des "Friedenspreises 1969"

Als der UN-Generalsekretär seinen Bericht über biologische und chemische Kriegsführung anfertigte, ließ er durch einen offiziellen Repräsentanten der UN bei der Stockholmer Regierung anfragen, ob das vom schwedischen Staat finanzierte Stockholmer Institut für Friedens- und Konfliktforschung (SIPRI = Stockholm International Peace Research Institute) bereit sei, ihm mit Forschungsergebnissen und Unterlagen zu helfen. Stockholm antwortete, daß es mit SIPRI nichts zu tun habe, und daß sich die UN an Prof. Gunnar Myrdal, den Direktor des Instituts, wenden solle.

Gunnar Myrdal und seiner Frau Alva wird am Sonntag der Friedenspreis 1970 des deutschen Buchhandels verliehen. "Nach zwei Weltkriegen und angesichts der nuklearen Bedrohung ist der Ruf nach Frieden und Friedensforschung unüberhörbar geworden", heißt es dazu in einer Verlautbarung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels. "Gunnar und Alva Myrdal haben an Brennpunkten der Weltpolitik auf verschiedenen Ebenen für den Frieden gearbeitet. Ihr Ziel ist eine Welt ohne Grenzen, eine Welt, in der die Menschen frei, in Frieden und unter würdigen Bedingungen leben können". In der Bundesrepublik Deutschland haben sich Bundespräsident Dr. Dr. Gustav Heinemann und Bundeskanzler Willy Brandt besonders für die Entwicklung der Friedensforschung auch in Deutschland ausgesprochen. Heinemann hatte bei seiner Antrittsrede am 1. Juli 1969 vorgeschlagen, bei uns nach skandinavischem Vorbild zu arbeiten. Auf Wunsch des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Prof. Dr. Leussink, hat der Wissenschaftsrat eine 13 Seiten lange Expertise erarbeitet, wonach eine "Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung" gegründet werden soll, deren Arbeit zunächst nur in der Koordinierung bereits laufender Forschungsunternehmen und Untersuchungen bestehen soll.

Warum es in Deutschland zu mehr noch nicht reicht, erklärt Prof. Dr. Karl Kaiser (36), Politologe an der Universität Saarbrücken, der im Auftrag der Stiftung Volkswagenwerk eine Bestandsaufnahme der Friedensforschung in der Bundesrepublik vorgelegt hat. Der junge Sozialdemokrat hält in Frankfurt die Laudatio bei der Verleihung des Friedenspreises an das Ehepaar Myrdal.

"Eine moderne Friedensforschung, die sich durch ein Engagement zum Frieden, eine gesamt-systemare Ansatzhöhe der Analyse, eine inter- und multidisziplinäre Arbeitsweise, eine wirklichkeitsverändernde Zielsetzung, Unabhängigkeit und inter- und multinationalen Charakter der Forschung auszeichnet, gibt es in der Bundesrepublik

nicht", sagte Karl Kaiser u.a. in seiner Untersuchung. Um die Frage der Unabhängigkeit der Friedensforscher, der Kernfrage also, geht es denn auch schon beim Beginn einer Koordinierung des Vorhandenen und des beabsichtigten Ausbaus und Aufbaus einer modernen Friedensforschung in der Bundesrepublik. Prof. Kaiser und viele seiner Kollegen wollen das bei uns noch wenig entwickelte Forschungsgebiet von allen Einflüssen so frei halten, wie es in Schweden Übung geworden ist. Nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrats soll eine "Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung" gegründet werden, die zunächst nur schon bestehende Einrichtungen fördern soll. Die Mittel sollen durch eine Kommission verteilt werden, die bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft gebildet und aus 12 Wissenschaftlern bestehen soll, je zur Hälfte vom Kuratorium der Gesellschaft und der Forschungsgemeinschaft delegiert. Schon jetzt aber sind die bereits bestehenden Gruppen, die sich mit Friedensforschung befassen, nicht mehr interessenfrei. Der Streit zwischen den wählischen Unabhängigkeit wollenden Forschern und den staatlichen Geldgebern gilt also schon und noch.

Gunnar Myrdals Stockholmer Institut erhält seine Unterstützung und Gelder vom Schwedischen Parlament, dennoch ist das Institut wahrhaft international. Es besitzt einen internationalen Vorstand, in dem aber keine Vertreter der Supermächte USA und UdSSR sitzen. Dort arbeiten ein Jugoslawe, ein Holländer, ein Brito und ein Norweger. Zwei Schweden leiten den Vorstand. Die wissenschaftliche Crew holt sich das Institut aus der ganzen Welt zusammen. Die Mitarbeiter werden aber nicht über die schwedische Regierung engagiert, wie SIPRI überhaupt nichts mit irgendeiner Regierung zu tun hat.

In einem Interview mit einer deutschen Wochenzeitung hat Gunnar Myrdal erklärt, daß SIPRI auch gerne einen Spezialisten aus der Bundesrepublik als Mitarbeiter haben würde, doch "ich fürchte, daß niemand unseren hohen wissenschaftlichen Anforderungen Genüge leisten könnte". Myrdal umwir so die unangreifbare Autorität als Wissenschaftsinstitut, die SIPRI sich schaffen will: "Wir wollen im Dienste des Friedens eine Quelle der Wahrheit werden. Wir möchten erreichen, daß wir etwa den Kaschmir-Konflikt, den Vietnam-Krieg und andere analysieren können, um mit wissenschaftlichen Methoden nachzuweisen, was dort tatsächlich vorgeht. Unsere Forschungsergebnisse sollen dann mit den Erklärungen und Äußerungen der jeweils beteiligten Regierungen verglichen werden, um nachzuweisen, wie beide Seiten lügen."

Fritz Mahnkopf